



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

ANALYSE DER EIDGENÖSSISCHEN ABSTIMMUNG VOM 13. FEBRUAR 2011

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

VOLKSINITIATIVE «FÜR DEN SCHUTZ VOR WAFFENGEWALT»

56.3% NEIN

STIMMBETEILIGUNG

48.8%



ALESSANDRO NAI UND PASCAL SCIARINI

Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das Forschungsinstitut gfs.bern verantwortlich. Die Federführung für die Analyse der vorliegenden Nummer liegt beim Institut für Politikwissenschaft, Universität Genf.

Institut für Politikwissenschaft, Universität Genf

Gesamtverantwortung: Prof. Dr. Pascal Sciarini
Analyse/Auswertung: Dr. Alessandro Nai

gfs.bern, Menschen. Meinungen. Märkte

Gesamtverantwortung: Claude Longchamp
Projektleitung: Martina Imfeld
Sekretariat: Silvia Ratelband-Pally
Telefonbefragung, Feldchef: Silvio Sansoni
CATI-Support: Melanie Stalder
EDV-Auswertung: Stephan Tschöpe

Übersetzung

Dr. Emilio Violi, Nicole Stoll

Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 78.– (Ausland: Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 30.– (Ausland: Fr. 35.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977 bis 2010) können für Fr. 700.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: gfs.bern, Sekretariat, Postfach 6323, 3001 Bern.

Zitierweise

Vorliegende Nummer: Prof. Dr. Pascal Sciarini/Dr. Alessandro Nai (2011): Analyse der eidg. Abstimmung vom 13. Februar 2011, gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft, Universität Genf. Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hrsg. vom Forschungsinstitut gfs.bern in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 1977 ff.

INHALTSVERZEICHNIS

HAUPTRESULTATE DER ANALYSE DER ABSTIMMUNG VOM 13.02.2011	4
Zur Methode	6
AUSGANGSLAGE	9
BEDEUTUNG DER VORLAGEN, STIMMBETEILIGUNG UND MEINUNGSBILDUNG	11
Bedeutung der Vorlagen	11
Stimmbeteiligung	11
Meinungsbildung – Schwierigkeit bei der Entscheidungsfindung und Entscheidungszeitpunkt	13
Das Profil der Stimmenden	15
Wahrnehmung	20
Die Stimmotive	21
Pro- und Kontra-Argumente	23
ZUR METHODE	26

HAUPTRESULTATE DER ANALYSE DER ABSTIMMUNG VOM 13.02.2011

Am 13. Februar 2011 wurde dem Schweizer Volk und den Kantonen ein einziger Gegenstand zur Abstimmung vorgelegt: die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt». Die «Waffeninitiative» war von der Sozialdemokratischen Partei (SP) lanciert worden und wollte das bestehende Bewilligungs- und Kontrollsystem für Waffen durch ein neues ersetzen. Danach hätten alle Armeewaffen im Zeughaus deponiert und ein zentrales Waffenregister angelegt werden müssen, das die bestehenden kantonalen Register ersetzt hätte. Zudem forderte die Initiative einen Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis für den Umgang mit Feuerwaffen und Munition.

Wie häufig bei Volksinitiativen aus dem linken Lager waren die Schweizer StimmbürgerInnen auch der Waffeninitiative gegenüber relativ positiv eingestellt, doch als sich der Bundesrat und die Gegnerschaft in die Abstimmungskampagne einschalteten, schwand das Ja-Stimmen-Potenzial im Verlauf der Kampagne stark. Die Waffeninitiative wurde am 13. Februar denn auch recht eindeutig abgelehnt – mit 56.3% der Stimmberechtigten und 17,5 Kantonen von 23. Die Abstimmungskarte offenbart einen Gegensatz zwischen Stadt und Land sowie Unterschiede zwischen den Landesteilen: Mit Ausnahme des Kantons Freiburg und Wallis haben alle Westschweizer Kantone die Initiative angenommen, während sie der Kanton Tessin und die Deutschschweizer Kantone ausser Basel-Stadt und Zürich verworfen haben.

Obwohl dieser Initiative im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2000 eine geringere Bedeutung beigemessen wurde und sie die einzige Vorlage am 13. Februar 2011 war, fiel die Stimmbeteiligung recht hoch aus (48.8%).

Die Stimmbeteiligung stieg mit zunehmendem Alter und Bildungsstand; sie variierte zudem im Verhältnis zum Zivilstand: Ledige gingen unabhängig von ihrem Alter und Wohnort deutlich weniger zur Urne als verheiratete oder in Partnerschaft lebende, geschiedene/getrennte Personen und Witwen/Witwer. Frauen stimmten nicht mehr ab als Männer.

Besonders stark war die Mobilisierung an beiden Enden des politischen Spektrums: Am höchsten war die Stimmbeteiligung bei den Personen, die sich an den äusseren Enden der Links-Rechts-Achse einstuften, während sie zur Mitte hin abnahm. Diese Verteilung wird auch bei der Stimmbeteiligung der SympathisantInnen einer Partei deutlich: Am häufigsten ging die Anhängerschaft der SVP und der Grünen, gefolgt von jener der SP, stimmen, wobei bei Letzterer die Mobilisierung nicht massiv ausfiel, obwohl die Initiative von ihrer bevorzugten Partei kam.

Ob man eine Waffe zu Hause hat oder nicht, wirkte sich nicht signifikant auf die Stimmbeteiligung aus. Aktiv- und Passivmitglieder von Schützenvereinen sowie Personen, die sich eine Mitgliedschaft bei einem Schützenverein vorstellen könnten, gingen besonders häufig abstimmen.

Wie üblich war das Interesse für Politik der ausschlaggebende Faktor für die Stimmbeteiligung.

Die Stimmenden fanden es leicht, sich eine Meinung zur Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» zu bilden und der Anteil der Befragten, die sich schon früh entschieden hatten, war sehr hoch. Ausserdem haben die Stimmenden die verschiedenen Informationsquellen relativ intensiv genutzt.

Der Stimmentscheid zur Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» hing stark von den politischen Merkmalen der Stimmenden ab. Erstens gab es bei der Abstimmung eine starke Links-Rechts-Polarisierung. Die Akzeptanz der Initiative nahm ab, je weiter links man sich auf der Links-Rechts-Achse befand. In der Anhängerschaft der SP und der Grünen war die Unterstützung für die Initiative stark, während sie bei jener der FDP, der Liberalen, der CVP und vor allem der SVP auf Ablehnung stiess. Aber auch Personen, die keiner Partei nahestehen, haben sie abgelehnt.

Zweitens haben auch die politischen Wertvorstellungen der Stimmenden eine erhebliche Rolle gespielt. Das Gegensatzpaar «offen-verschlossen» oder «modern-traditionell», das bei Abstimmungen häufig zentral ist, kam auch bei dieser Abstimmung stark zum Tragen. Menschen, die für eine offene, moderne Schweiz sind, stimmten massiv Ja, während jene, die für eine traditionelle, verschlossene Schweiz eintreten, unzweideutig Nein sagten. Die Wertvorstellungen gingen bei der Armee, der Chancengleichheit für Schweizer und Ausländer und dem Spannungsfeld von Modernität und Tradition sowie von Weltoffenheit und Verschlossenheit auseinander.

Den Stimmentscheid beeinflusst haben zudem die soziodemografischen Merkmale der Stimmenden. Je höher das Bildungsniveau desto eher wurde die Initiative angenommen; je höher hingegen das Alter der Stimmenden desto weniger wurde sie angenommen. Damit hatte das Alter einen doppelten Einfluss: Einerseits stimmten die älteren Stimmberechtigten – wie immer – häufiger ab und andererseits war in dieser Altersgruppe der Nein-Anteil höher, während die Jüngeren die Initiative wohl annahmen, doch – wie immer – weniger an die Urne gingen. Wie zu erwarten war, haben die Frauen die Initiative spürbar häufiger angenommen als die Männer. Der Ja-Stimmenanteil ist auch in den oberen Einkommenschichten höher – allerdings ist das Verhältnis nicht linear.

Der Waffenbesitz zu Hause und die Mitgliedschaft bei einem Schützenverein hatten einen starken Einfluss auf die Ablehnung der Initiative. Zwar sind diese beiden Gruppen unter den Stimmenden in der Gesamtbevölkerung eine Minderheit, doch haben sie mit ihrem eindeutigen Nein zur Initiative trotzdem den Ausschlag für deren Ablehnung gegeben.

Befragte man die Ja-Stimmenden nach ihren Motiven, nannten sie spontan vor allem zwei Gründe: Ein grosser Anteil der BefürworterInnen sagte, es nütze nichts, Waffen zu Hause zu haben. Sie sind übereinstimmend mit der Pro-Kampagne der Auffassung, dass Waffen

heutzutage nichts mehr zu Hause verloren haben. Andere Ja-Stimmende rechtfertigten ihre Annahme mit der grossen Gefahr, welche Waffen zu Hause darstellten. Ihrer Ansicht nach sind Waffen gefährlich und es muss ein besserer Schutz für Kinder und die Familie allgemein geboten werden. Mit der Initiative könne man Selbstmorde verhindern.

Auch bei den Nein-Stimmenden dominierten zwei Gründe: Das Hauptmotiv hing mit dem Wunsch nach Wahrung der persönlichen Freiheit und Eigenverantwortung zusammen. Ein grosser Anteil der GegnerInnen setzte an der Initiative aus, die persönliche Freiheit werde eingeschränkt, unter anderem indem zu viele Verbote erlassen und die Schweizer Traditionen unterhöhlt würden. Andere Nein-Stimmende machten geltend, dass die gegenwärtige Gesetzgebung vollauf genüge, die Volksinitiative daher nichts bringen und vor allem mehr Bürokratie schaffen würde. Eine dritte, kleinere Gruppe war der Meinung, die Initiative verhindere keine Selbstmorde. Das Argument der SVP, wonach die Initiative vor allem ausländischen Kriminellen zugute käme, wurde nur von einer schwachen Minderheit der GegnerInnen angeführt.

Die befürwortenden Argumente (eine Waffe zu Hause zu haben ist gefährlich, Auswirkungen auf die Selbstmordrate, eine Waffe zu Hause zu haben ist nicht mehr zeitgemäss) wurden von den Ja-Stimmenden stark unterstützt und von den Nein-Stimmenden ebenso stark abgelehnt – ein Zeichen für die polarisierende Wirkung dieser Argumente. Bei den drei Argumenten, die von den GegnerInnen der Initiative vorgebracht und die den Teilnehmenden der VOX-Befragung zur Bewertung vorgelegt wurden, rief nur eines (Infragestellung der Milizarmee und der Traditionen) eine Polarisierung der Stimmenden hervor. Das Argument, die geltenden Gesetze reichten aus, wurde auch von der Anhängerschaft gut aufgenommen, während jenes der Begünstigung ausländischer Krimineller am wenigsten polarisierte und am meisten Unentschiedenheit hervorrief – ein weiteres Zeichen, dass das SVP-Argument nicht verfiel.

Zur Methode

Die Analyse der Abstimmung vom 13. Februar 2011 in diesem Bericht beruht auf den Ergebnissen der VOX-Befragung 105. Das Forschungsinstitut gfs.bern führte die Befragung durch und die Abteilung für Politikwissenschaft und internationale Beziehungen (DSPRI) der Universität Genf analysierte die erhobenen Daten. Die Daten wurden anhand von standardisierten Telefoninterviews erhoben, die im Schnitt rund 18 Minuten dauerten und von 74 BefragterInnen von zu Hause aus durchgeführt wurden. Das Forschungsinstitut gfs.bern besass dabei als Kontrollinstitut die Möglichkeit, die Interviews ohne Vorankündigung zu beaufsichtigen. Die Untersuchung beruht auf einer repräsentativen Befragung, die in der ganzen Schweiz innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung durchgeführt wurde. Die Stichprobe umfasst 1503 stimmberechtigte Personen und die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren – Landesteile, Haushalte und in diesen Haushalten lebende Personen, wobei 53.3% der Personen dieser Stichprobe aus der Deutschschweiz, 26.7% aus der Westschweiz und 20% aus der italienischen Schweiz stammen (ungewich-

tet). Mit einer Ziehung im Zufallsverfahren und einer Verteilung der Prozentwerte von 50:50 ergibt sich bei unserer Stichprobe von 1503 Personen eine Fehlermarge von rund $\pm 2.4\%$ mit einer Plausibilitätsschwelle von 95%. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Subsamples klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist. In solchen Fällen können aufgrund des grösseren Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden.

Tabelle 1: Ergebnisse in Prozent der Stimmenden gesamtschweizerisch und pro Kanton

	Stimmbeteiligung in %	Waffeninitiative % Ja
Schweiz	48.8	43.7
ZH	49.6	50.4
BE	52.6	40.6
LU	50.2	40.1
UR	43.5	29.4
SZ	51.3	29.1
OW	53.9	28.1
NW	52.6	31.2
GL	41.7	30.2
ZG	53.6	42.8
FR	46.6	41.1
SO	48.8	35.0
BS	49.0	58.9
BL	49.8	45.2
SH	64.6	39.0
AR	51.7	37.8
AI	44.4	27.7
SG	47.8	39.2
GR	44.1	35.0
AG	46.4	38.6
TG	49.7	34.5
TI	44.3	36.5
VD	49.3	53.7
VS	50.8	38.1
NE	46.8	53.2
GE	47.8	61.0
JU	39.2	52.0
Quelle: http://www.admin.ch [vorläufige Ergebnisse]		

AUSGANGSLAGE

Die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» («Waffeninitiative») wurde dem Volk und den Ständen am 13. Februar 2011 vorgelegt. Sie war von der Sozialdemokratischen Partei (SP) lanciert worden und wollte das bestehende Bewilligungs- und Kontrollsystem für Waffen durch ein neues ersetzen. Danach hätten alle Armeewaffen im Zeughaus deponiert werden sollen und ein zentrales Waffenregister hätte angelegt werden müssen, das die bestehenden kantonalen Register ersetzt hätte. Zudem forderte die Initiative einen Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis für den Umgang mit Feuerwaffen und Munition.

Gemäss den InitiatorInnen sollte der neue Verfassungsartikel die Kriminalität bekämpfen, die Anzahl Suizide senken, Frauen und Kinder schützen und ein System verbessern, das noch aus dem Kalten Krieg stammt. Diese Argumentation überzeugte jedoch den Bundesrat und die Parlamentsmehrheit nicht: Sie lehnten die Initiative ohne Gegenentwurf ab, vorwiegend mit dem Argument, die geltende Gesetzgebung biete einen ausreichenden und geeigneten Schutz vor Waffenmissbrauch. Die Gesetzesvorschriften wurden in den letzten Jahren laufend angepasst, indem zum Beispiel für Wehrpflichtige die Pflicht eingeführt wurde, die Munition im Zeughaus zu deponieren. Weitere Gesetzesrevisionen seien auch in Zukunft zu erwarten.

Die Waffeninitiative führte zu einem Konflikt zwischen dem linken und dem rechten Lager. So wurde die SP-Initiative von den Grünen, der Christlichsozialen Partei, der Evangelischen Volkspartei und den Grünliberalen unterstützt. Auch die CVP-Frauen standen dahinter. Auf der anderen Seite führten die SVP, die FDP, die CVP, die BDP, die Lega dei Ticinesi und die Eidgenössische Demokratische Union eine Kampagne gegen die Initiative. An der Abstimmungskampagne beteiligten sich auch zahlreiche Verbände: Religiöse Gemeinschaften, pazifistische Kreise, die FMH, Frauenorganisationen und Gewerkschaften traten für die Initiative ein, während die grössten militärischen Verbände und Schützenvereine sie bekämpften.

Obwohl einzig über die Initiative abgestimmt wurde, war die Stimmbeteiligung recht hoch (48.8%). Wie oft bei von der Linken lancierten Volksinitiativen waren die Schweizer StimmbürgerInnen auch der Waffeninitiative gegenüber relativ positiv eingestellt. Bei der ersten Befragung der SRG SSR von Anfang Januar im Vorfeld der Abstimmung¹ überwog das Ja bei den befragten Personen, die «sicher abstimmen» wollten (52% Ja, 39% Nein, 9% unentschieden). Im Verlauf der Kampagne bröckelte jedoch das Ja-Stimmen-Potenzial stark ab – ebenfalls ein häufiges Phänomen bei Initiativen der Linken – nachdem der Bundesrat und die Gegnerschaft in die Kampagne eingriffen. Die zweite SRG SSR-Befragung von Ende

¹ gfs.bern «Initiative 'Schutz vor Waffengewalt' dank Frauen vorne – Ausgang offen». Medienbericht zur 1. Welle der Befragungsreihe 'SRG Trend' zur Volksabstimmung vom 13. Februar 2011, Studie im Auftrag der SRG SSR, 14. Januar 2011.

Januar² ergab, dass das Nein den Rückstand bereits aufgeholt hatte. Die Waffeninitiative wurde am 13. Februar 2011 denn auch recht eindeutig abgelehnt – mit 56.3% der Stimmen und 17,5 Kantonen von 23.

Bei der Waffeninitiative kam es zu einem Stadt-Land-Gegensatz: Die Initiative wurde nämlich von vielen Städten (den meisten Hauptstädten) angenommen, während die Ablehnung auf dem Land eindeutig war. Aus der Abstimmungskarte gehen auch unterschiedliche Auffassungen nach Landesteil hervor. Mit Ausnahme von Freiburg und des Wallis nahmen sie die Westschweizer Kantone an, während alle Deutschschweizer Kantone (ausser Basel-Stadt und ganz knapp Zürich) sie ablehnten, wobei der Nein-Stimmenanteil von 54.8% (Basel-Landschaft) bis 72.3% (Appenzell-Innerrhoden) reichte; der Kanton Tessin lehnte sie mit 63.5% der Stimmen ab.

² gfs.bern «Initiative 'Schutz vor Waffengewalt': Nein legt zu, Ja schwächt sich ab – Ausgang der Abstimmung weiterhin offen». Medienbericht zur 2. Welle der Befragungsreihe 'SRG Trend' zur Volksabstimmung vom 13. Februar 2011, Studie im Auftrag der SRG SSR, 02. Februar 2011.

BEDEUTUNG DER VORLAGEN, STIMMBETEILIGUNG UND MEINUNGSBILDUNG

Bedeutung der Vorlagen

Die befragten Personen wurden aufgefordert, die Bedeutung der Waffeninitiative für das Land und für sie persönlich auf einer Skala von 0 (keinerlei Bedeutung) bis 10 (sehr grosse Bedeutung) anzugeben. Wie Tabelle 2.1 veranschaulicht, liegt der entsprechende Betroffenheitsgrad unter dem Durchschnitt der Abstimmungsvorlagen der Jahre 2000 – und zwar sowohl hinsichtlich der Bedeutung für das Land als auch jener für die Befragten selbst.

Tabelle 2.1: Bedeutung der Vorlage für das Land und die befragte Person in Prozent der Stimmberechtigten

Bedeutung für...	Waffeninitiative	
	das Land (%)	persönlich (%)
Sehr gering (0, 1)	6	17
Gering (2–4)	21	30
Durchschnittlich (5)	21	15
Gross (6–8)	40	28
Sehr gross (9, 10)	12	10
Arithmetisches Mittel (n)	5.8 (1352)	4.6 (1412)
Durchschnitt 2000–2009	6.9	5.4

© Universität Genf / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 13.02.2011

Stimmbeteiligung

Auch wenn die Waffeninitiative die einzige Abstimmungsvorlage war, betrug die Stimmbeteiligung dennoch 48.8%, was über dem Durchschnitt der letzten beiden Jahrzehnte liegt (44%). Wie üblich war die Stimmbeteiligung mit zunehmendem Alter und Bildungsstand höher. Sie variierte auch je nach Zivilstand: Ledige gingen unabhängig von ihrem Alter und Wohnort deutlich weniger zur Urne als verheiratete oder in Partnerschaft zusammenlebende, geschiedene/getrennte Personen und Witwen/Witwer. Ledige fühlten sich anscheinend weniger betroffen als Personen in den anderen Kategorien, möglicherweise weil in der Kampagne die Gefährdung von Familie und Heim durch die Waffen im Vordergrund stand. Hingegen ergaben sich trotz der Betonung der Frauenstimmen in der Kampagne bei der Stimmbeteiligung keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen.

Besonders stark war die Mobilisierung an beiden Enden des politischen Spektrums: Am höchsten war die Stimmbeteiligung bei den Personen, die sich an den äusseren Enden der Links-Rechts-Achse einstuften, während sie zur Mitte hin abnahm. Diese Verteilung wird

auch bei den SympathisantInnen der Parteien deutlich. Am auffälligsten ist diesbezüglich wohl die relativ geringe Stimmbeteiligung der SP-AnhängerInnen: Sie betrug nur 60%, obwohl die SP die Initiative lanciert hatte. Unter den vier Regierungsparteien war die Stimmbeteiligung bei den AnhängerInnen der SVP am höchsten (66%). Eigentlich war sie bei der Anhängerschaft der Grünen am höchsten (83%), doch ist dieses Resultat wegen der geringen Anzahl erhobener Antworten mit Vorsicht zu geniessen. Menschen, die sich keiner Partei nahe fühlen, gingen kaum an die Urne, was zu erwarten war.

Ob man eine Waffe zu Hause hat oder nicht, wirkte sich nicht signifikant auf die Stimmbeteiligung aus. Aktiv- und Passivmitglieder von Schützenvereinen sowie Personen, die sich eine Mitgliedschaft bei einem Schützenverein vorstellen könnten, gingen besonders häufig abstimmen. Wie üblich war das Interesse für Politik der ausschlaggebende Faktor für die Stimmbeteiligung. Bei den Personen, die sich am stärksten für Politik interessieren, betrug sie 78%, gegenüber nur 6% bei jenen, die politisch überhaupt nicht interessiert sind.

Tabelle 2.2: Stimmbeteiligung nach sozialen und politischen Merkmalen in Prozent der Stimmenden

Merkmale/Kategorien	Stimmbeteiligung in % ^a	n	Korrelationskoeffizient ^b
Total VOX (gewichtet)	49.2	1494	
Alter			V = 0.31***
18 bis 29 Jahre	24	286	
30 bis 39 Jahre	42	330	
40 bis 49 Jahre	48	244	
50 bis 59 Jahre	64	220	
60 bis 69 Jahre	70	236	
70 Jahre und darüber	60	177	
Zivilstand			V = 0.21***
Ledig	31	366	
Verheiratet/ in Partnerschaft zusammenlebend	55	910	
Geschieden	54	112	
Witwe/Witwer	59	96	
Bildung			
Hoher Bildungsstand	55	759	V = 0.13***
Mittlerer Bildungsstand	45	623	
Niedriger Bildungsstand	33	112	

Merkmale/Kategorien	Stimmbeteiligung in % ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Interesse für Politik			V = 0.51***
Interessiert mich sehr	78	300	
Interessiert mich ziemlich	62	661	
Interessiert mich nicht wirklich	21	346	
Interessiert mich überhaupt nicht	6	171	
Einstufung auf der Links-Rechts-Achse			V = 0.20***
Links aussen	68	117	
Links	56	276	
Mitte	41	554	
Rechts	56	250	
Rechts aussen	67	119	
Parteiverbundenheit			V = 0.28**
SP – Sozialdemokratische Partei	60	200	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	53	105	
FDP. Die Liberalen	54	159	
SVP – Schweizerische Volkspartei	66	193	
Grüne Partei	[83]	[49]	
Andere Partei	61	181	
Keine Partei	34	482	
Mitgliedschaft bei einem Schützenverein			V = 0.10**
Aktiv- oder Passivmitglied	67	94	
Potenzielles Mitglied	56	150	
Nichtmitglied	49	1142	
^a Interpretation der statistischen Koeffizienten siehe «Zur Methode» © Universität Genf / gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 13. Februar 2011			

Meinungsbildung – Schwierigkeit bei der Entscheidungsfindung und Entscheidungszeitpunkt

Den Stimmenden fiel die Meinungsbildung zur Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» leicht. Aus der Befragung ging hervor, dass nur jede zehnte Person (11 %) Mühe hatte, die Konsequenzen eines Ja oder Nein abzuschätzen, die überwiegende Mehrheit (86%) hatte keine Mühe, was weit über dem sonst üblichen Mittel (65%) liegt. Das Ergebnis stimmt mit dem ebenfalls sehr hohen Anteil Personen überein, die angaben, sich bereits sehr früh entschieden zu haben. Fast zwei Drittel der Stimmenden (63%) erklärten, dass ihr Stimmentcheid von Anfang an feststand, nur knapp ein Zehntel (9%) gab an, in der letzten Woche vor der Abstimmung entschieden zu haben. Die Korrelation zwischen Entscheidungszeitpunkt

und Mühelosigkeit bei der Entscheidungsfindung ist nicht nur intuitiv, sie ist auch empirisch belegt: Eine Mehrheit der Stimmenden (57%) gab an, dass ihr Entscheid von Anfang an klar war und dass sie keine Mühe bei der Entscheidungsfindung hatten; der Anteil Personen, die Mühe bei der Entscheidungsfindung hatten, ist in der Gruppe, die ihren Stimmentscheid in der letzten Woche trafen (29% gegenüber 9% im Durchschnitt), überdurchschnittlich gross und in jener, die von Anfang an wusste, was sie stimmen wollte (36% gegenüber 63% im Durchschnitt), unterdurchschnittlich klein.

Trotzdem ist der sehr hohe Anteil Stimmende, die nach eigenen Angaben schon sehr früh wussten, wie sie stimmen würden, kaum mit den Ergebnissen der beiden SRG SSR-Befragungen vor der Abstimmung vereinbar. Diese lassen den Schluss zu, dass sich die geplanten Stimmabgaben während der Kampagne stark veränderten³ – der Nein-Anteil stieg von Anfang Januar bis Ende Januar von 39% auf 45% an und erreichte am Abstimmungssonntag 56%. Wie lassen sich diese scheinbar widersprüchlichen Ergebnisse erklären? Als die befragten Stimmenden in der VOX-Umfrage angaben, ihre Entscheidung sei «von Anfang an» klar gewesen, wollten sie im Nachhinein vor allem zeigen, wie eindeutig ihr Entscheid war. Dieser Hypothese zufolge haben sich diese Stimmenden nicht so früh entschieden, wie sie angaben, doch sobald ihre Entscheidung gefallen war, waren sie so felsenfest davon überzeugt, dass sie aufrichtig den Eindruck hatten, ihn schon viel früher getroffen zu haben.

Tabelle 2.3: Entscheidzeitpunkt und Schwierigkeit der Meinungsbildung in Prozent der Stimmenden

	Waffeninitiative [%]
Entscheidzeitpunkt (n = 728)	
Von Anfang an klar	63
4–6 Wochen vor der Abstimmung	13
2–3 Wochen vor der Abstimmung	15
Letzte Woche vor der Abstimmung	9
Schwierigkeit bei der Entscheidung (n = 730)	
Eher leicht	86
Unentschieden, weiss nicht	3
Eher schwierig	11
© Universität Genf / gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 13. Februar 2011	

Tabelle 2.4 veranschaulicht, dass die Stimmenden die verschiedenen Informationsmittel relativ intensiv genutzt haben. Davon wurden mehrere (Plakate, Leserbriefe, Internet) überdurchschnittlich genutzt. Aggregiert man die Daten (siehe nachstehende Tabelle), ergibt dies eine kumulierte Nutzung, die leicht über dem Durchschnitt liegt.

³ Ibid.

Tabelle 2.4: Verwendung der Informationsmittel in Prozent der Stimmenden

Informationsmittel	Durchschnitt in Prozent 1990–2006	Waffeninitiative (%)
Zeitungsartikel	77	80
Fernsehen	70	69
Offizielle Info (Abstimmungsbüchlein)	59	61
Radio	54	57
Leserbriefe	42	53
Plakate	29	49
Werbung in den Zeitungen	41	46
Flugblätter, Broschüren usw.	35	42
Meinungsumfragen ^d	–	39
Internet ^c	6	24
Direktmailing ^a	16	18
Informationen auf der Arbeit ^b	16	14
Informationsstände	7	8
Geringe Verwendung der Mittel (0–3)	36	23
Mittlere Verwendung der Mittel (4–7)	53	62
Häufige Verwendung der Mittel (8–12)	11	16
Total	100%	100%

^a Daten erst seit der Abstimmung vom 17.05.1992 (VOX 44) verfügbar.
^b Daten erst seit der Abstimmung vom 06.12.1992 (VOX 47) verfügbar.
^c Daten erst seit der Abstimmung vom 07.06.1998 (VOX 63) verfügbar.
^d Erst kürzlich in die VOX-Umfragen aufgenommen (vom Gesamtindikator ausgeschlossen).
 © Universität Genf / gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 13. Februar 2011

Das Profil der Stimmenden

Der Stimmentscheid zur Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» hing massgeblich von den politischen Merkmalen der Stimmenden ab. Erstens gab es bei der Abstimmung eine starke Links-Rechts-Polarisierung. Die Akzeptanz der Initiative nahm ab, je weiter man sich auf der Links-Rechts-Achse von links nach rechts bewegte. Der Ja-Stimmenanteil ist bei den Personen, die sich ganz links aussen einstufen, am höchsten (92%) und bei jenen, die sich ganz rechts einstufen am geringsten (nur 8%). Stimmende, die sich in der Mitte ansiedeln, haben die Initiative mit 35% angenommen, was deutlich unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt (44%) liegt. Bestätigt werden diese Ergebnisse durch das Stimmprofil anhand der Parteiverbundenheit. Bei den SP-SympathisantInnen (78%) und den Grünen (89%, wobei wegen der geringen Anzahl erhobener Daten Vorsicht geboten ist) wurde die Initiative massiv angenommen. Noch massiver war aber die Ablehnung bei den AnhängerInnen der SVP (93%). Auch jene, die sich der FDP verbunden fühlen, haben die Initiative deutlich verworfen (68%), während die CVP-SympathisantInnen (42% Ja) wie der ge-

samtschweizerische Durchschnitt gestimmt haben. Personen, die sich einer anderen Partei verbunden fühlen, tendierten zum Ja (57%), während sie jene, die sich mit gar keiner Partei identifizieren können (ein Viertel der Stimmenden), ablehnten (42% Ja-Stimmen).

Zweitens haben auch die politischen Wertvorstellungen der Stimmenden eine erhebliche Rolle gespielt. Das Gegensatzpaar «offen-verschlossen» oder «modern-traditionell», das bei Abstimmungen nun häufig zentral ist, kam auch bei der Abstimmung über die Waffeninitiative stark zum Tragen. Personen, die für eine offene, moderne Schweiz sind, nahmen sie mehrheitlich an, während sie jene, die für eine traditionelle, verschlossene Schweiz sind, eindeutig abgelehnt haben. Der Gegensatz «offen-verschlossen» äusserte sich zunächst bei den Wertvorstellungen zur Armee: 78% der Stimmenden, die für eine Schweiz ohne Armee sind, nahmen die Initiative an, während sie 85% der Stimmenden, die für die Armee sind, verworfen haben. 70% der Personen, die für gleiche Chancen für Schweizer und Ausländer sind, legten ein Ja in die Urne, während 83% der Personen, die der Auffassung sind, man solle SchweizerInnen bevorzugen, die Initiative ablehnten. 66% der Personen, die für die Modernität sind, stimmten Ja – während es bei jenen, die für Traditionen eintreten, 13% sind. Eine Mehrheit jener Stimmenden (59%), die für eine weltoffene Schweiz sind, nahm die Initiative an, während der Ja-Stimmenanteil bei jenen, die für eine verschlossene Schweiz eintreten, nur eine kleine Minderheit (20%) bildete.

Drittens wirkten sich das Vertrauen in die Regierung und das Politikinteresse signifikant, aber nicht stark auf den Stimmentscheid aus: Mit zunehmendem Vertrauen in die Regierung und Interesse an der Politik steigt die Akzeptanz leicht. Doch weder die politische Kompetenz noch eine konstante Beteiligung an eidgenössischen Abstimmungen wirkten sich signifikant auf den Stimmentscheid aus.

Tabelle 2.5: Waffeninitiative – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	43.8	1060	
Einstufung auf der Links-Rechts-Achse			V = 0.59***
Links aussen	92	104	
Links	80	213	
Mitte	35	328	
Rechts	20	215	
Rechts aussen	8	129	
Parteiverbundenheit			V = 0.50***
Grüne Partei	89	52	
SP – Sozialdemokratische Partei	78	166	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	42	82	

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
FDP. Die Liberalen	32	124	
SVP – Schweizerische Volkspartei	7	200	
Andere Partei	57	157	
Keine Partei	42	230	
Wertvorstellung: Armee			V = 0.53***
Starke Armee	15	423	
Geteilter Meinung	49	321	
Keine Armee	78	300	
Wertvorstellung: Schweizer und Ausländer			V = 0.44***
Chancengleichheit	70	387	
Geteilter Meinung	39	322	
Schweizer bevorzugen	17	316	
Wertvorstellung: Modern-traditionell			V = 0.38***
Für eine moderne Schweiz	66	361	
Geteilter Meinung	38	483	
Für Traditionen	13	183	
Wertvorstellung: Offenheit			V = 0.33***
Offenheit	59	558	
Geteilter Meinung	28	383	
Verschlossenheit	20	81	
Regierungsvertrauen			V = 0.23***
Vertrauen der Regierung	54	481	
Weiss nicht	50	122	
Misstrauen der Regierung	31	451	
Interesse für Politik			V = 0.11**
Interessiert mich sehr	47	339	
Interessiert mich ziemlich	45	594	
Interessiert mich nicht wirklich	30	106	
Interessiert mich überhaupt nicht	(27)	(15)	
^a Interpretation der statistischen Variablen siehe «Zur Methode» Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind. Folglich können keine statistischen Tendenzen daraus abgeleitet werden. © Universität Genf / gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 13. Februar 2011			

Den Stimmentscheid beeinflusst haben zudem in einem geringeren Mass die soziodemografischen Merkmale der Stimmenden. Mit zunehmendem Bildungsniveau steigt auch die Akzeptanz der Initiative: Nur 26% der StimmbürgerInnen mit einer elementaren Bildung (Schulobligatorium) nahmen die Initiative an gegenüber 53% bei der Personengruppe, die eine höhere Bildung (Matur und mehr) haben. Der Stimmentscheid fiel je nach Alter

sehr unterschiedlich aus: In den ersten drei Altersgruppen (19 bis 49 Jahre) stimmte eine Mehrheit für die Initiative, darüber nimmt die Ablehnungsrate zu und erreicht bei den über 70-Jährigen 70%. Kombiniert man dieses Ergebnis mit jenem zur Stimmbeteiligung, kommt man zum Schluss, dass das Alter das Abstimmungsergebnis gleich doppelt beeinflusst hat: Der Gegnerschaft kam zugute, dass ältere Stimmberechtigte, bei denen die Ablehnung hoch war, häufiger zur Urne gehen, während die schwache Stimmbeteiligung bei jüngeren Stimmberechtigten, die mehrheitlich für die Initiative waren, der Anhängerschaft zu schaf-fen machte.

Drittens ist festzustellen, dass der Ja-Stimmenanteil bei den Frauen (51%) deutlich höher war als bei den Männern (37%). Zu demselben Ergebnis kamen auch die beiden Meinungs-umfragen⁴ vor der Abstimmung, nämlich dass Männer und Frauen eine andere Auffassung zu der Frage haben – vielleicht weil Frauen, wie die VerfechterInnen der Initiative sagten, ein grösseres Bewusstsein für die Gefahr haben, welche eine Waffe im Haus sein kann.

Der Stimmentscheid ändert sich auch je nach Einkommen, allerdings ist der Zusammen-hang nicht linear: Während die Initiative nur von den Personen in der höchsten Einkom-mens-kategorie angenommen wurde, ist der Nein-Stimmenanteil nicht bei den Personen aus der niedrigsten Einkommenskategorie (monatliches Einkommen von weniger als CHF 3000.–) am höchsten, sondern in den mittleren Lohnklassen (CHF 3000.–7000.–). Bei einer ersten Betrachtung stimmten Ledige der Initiative häufiger zu (53%) als Personen, die einen Partner bzw. eine Partnerin haben (verheiratete oder in Lebenspartnerschaft zusammen-lebende Personen, 44%), und Geschiedene. Diese Verteilung ist aber vor allem auf das Alter zurückzuführen: Die Ledigen sind bei den jüngeren StimmbürgerInnen übervertreten, bei denen wie erwähnt eine Mehrheit für die Initiative war; die Unterschiede nach Zivilstand lö-sen sich auf, wenn man die Analyse in den einzelnen Altersgruppen repliziert. Folglich war die Stimmbeteiligung bei verheirateten und in Partnerschaft zusammenlebenden Stimmberechtigten wohl höher als in den anderen Kategorien (siehe oben), doch war der Ja-Stim-menanteil bei ihnen nicht höher.

Ob ein Ja oder ein Nein in die Urne gelegt wurde, hängt auch davon ab, ob eine Waffe zu Hause aufbewahrt wird oder nicht. Wer keine Waffe zu Hause hat, nahm die Initiative mehrheitlich an (59%). Bei den Personen, die eine Waffe zu Hause haben (eine eigene oder die eines Familienmitglieds), ist die Ablehnung gestuft – je nachdem, ob es eine Armee-waffe (76% Nein), eine Privatwaffe (80%) oder beides (88%) ist. Stimmende aus einem Haushalt, wo eine Waffe aufbewahrt wird, sind in der Schweizer Bevölkerung eine Minderheit, doch haben sie mit ihrem eindeutigen Nein zur Initiative den Ausschlag für deren Ablehnung gegeben. Bei Stimmenden, die keinem Schützenverein angehören, überwog das Ja (53%); dieser Anteil wurde aber bei Weitem von den Nein-Stimmen der Aktiv-, Passiv- oder poten-ziellen Mitgliedern von Schützenvereinen aufgewogen (89% bei Aktiv- und Passivmitglie-dern und 80% bei potenziellen Mitgliedern). (Tatsächliche oder potenzielle) Mitglieder von Schützenvereinen sind in der Schweizer Bevölkerung genau wie Haushalte mit einer Waffe

⁴ Ibid.

eine Minderheit, trotzdem war ihr Einfluss grösser als ihre numerische Bedeutung, weil sie so eindeutig abstimmten. Berücksichtigt man beide Merkmale gleichzeitig (Waffenbesitz, Mitgliedschaft bei einem Schützenverein), wird deutlich, dass die Initiative von zwei Dritteln (63%) der Stimmenden angenommen wurde, die weder eine Waffe besitzen noch einem Schützenverein angehören. Umgekehrt wurde sie von 90% der Personen abgelehnt, die eine Waffe besitzen und einem Schützenverein angehören, während der Nein-Stimmenanteil in der Zwischenkategorie (bei Personen, die keine Waffe zu Hause haben, aber einem Schützenverein angehören, oder umgekehrt) 70% betrug.

Tabelle 2.6: Waffeninitiative – Verhalten nach soziodemografischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden

Merkmale/Kategorien	% Ja^a	n	Korrelationskoeffizient^a
Total VOX (gewichtet)	43.8	1060	
Bildung			V = 0.21***
Hoher Bildungsstand	53	595	
Mittlerer Bildungsstand	33	412	
Niedriger Bildungsstand	26	53	
Alter			V = 0.17***
18 bis 29 Jahre	53	91	
30 bis 39 Jahre	52	199	
40 bis 49 Jahre	53	166	
50 bis 59 Jahre	44	206	
60 bis 69 Jahre	36	237	
70 Jahre und darüber	30	161	
Geschlecht			V = 0.14***
Weiblich	51	531	
Männlich	37	530	
Haushaltseinkommen (Fr./Monat)			V = 0.14***
Bis 3000	46	68	
3-5000	40	170	
5-7000	37	271	
7-9000	50	178	
Mehr als 9000	54	245	
Zivilstand			V = 0.13***
Ledig	53	160	
Verheiratet/ in Partnerschaft zusammenlebend	44	720	
Geschieden	27	86	
Witwer/Witwe	39	90	

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	n	Korrelationskoeffizient ^a
Waffenbesitz zu Hause			V = 0.37***
Nein	59	640	
Ja, Armeewaffe	24	251	
Ja, Privatwaffe	20	82	
Ja, Armeewaffe und Privatwaffe	12	74	
Mitgliedschaft bei einem Schützenverein			V = 0.31***
Aktiv- oder Passivmitglied	11	101	
Potenzielles Mitglied	20	133	
Nichtmitglied	53	788	

^a Interpretation der statistischen Variablen siehe «Zur Methode».
Die Zahlen in Klammern sind nur ein Trend, da es weniger als 50 Fälle sind.
Folglich können keine statistischen Tendenzen daraus abgeleitet werden.
© Universität Genf / gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 13. Februar 2011

Wahrnehmung

Unter den verschiedenen Aspekten der Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» war die Frage der Abgabe der Waffen im Zeughaus bei den Befragten vorherrschend: 72% nannten ihn, als sie bei der VOX-Befragung aufgefordert wurden, den Inhalt der Initiative zu beschreiben. Der Schutz vor Waffengewalt war das vorherrschende Kampagnenargument auf Befürworterseite, trotzdem wurde es nur von 11% der Befragten genannt. Ein noch geringerer Anteil (1%) nannte die Anlegung eines Waffenregisters. Die verbleibenden Personen machten allgemeine (4%) oder unklare (12%) Inhaltsangaben. Ob die Befragten stimmen gingen oder nicht, änderte an ihrer Wahrnehmung nicht viel – mit Ausnahme der Abgabe der Waffen im Zeughaus, die von Stimmenden häufiger angeführt wurde als von Nichtstimmenden. Letztere hatten auch mehr Mühe, den Inhalt der Initiative wiederzugeben.

Tabelle 2.7: WAFFENINITIATIVE – Wahrnehmung der Inhalte in Prozent der Stimmberechtigten (nur erstgenannte Argumente)

Wahrnehmung*	Total		Stimmende		Nichtstimmende	
	%	n	%	n	%	n
Waffen im Zeughaus abgeben, keine Waffen mehr zu Hause	72	1085	81	596	63	480
Schutz vor Waffengewalt	11	168	11	84	11	83
Anlegung eines Waffenregisters	1	12	1	7	1	5
Andere Angaben	4	66	4	31	5	34
Keine Angaben, weiss nicht	12	176	2	18	21	156
Total	100	1507	100	736	100	758

* Die Angaben wurden nach der Stimmbeteiligung gewichtet.
© Universität Genf / gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 13. Februar 2011

Die Stimmotive

Befragte man die BefürworterInnen nach ihren Motiven, nannten sie spontan vor allem zwei Gründe: 43% der zuerst genannten Argumente (und 63% aller Nennungen kumuliert) lauteten, dass eine Waffe zu Hause nichts bringe. Diese Befragten sind übereinstimmend mit der Pro-Kampagne der Auffassung, dass Waffen heutzutage nichts mehr zu Hause verloren haben. Zweitens entfielen 31% der Erstnennungen (94% aller Nennungen zusammen) auf das Argument, wonach Waffen zu Hause ein hohes Risiko seien. Nach Ansicht dieser Stimmenden sind Waffen gefährlich und der Schutz für Kinder und die Familie allgemein muss verbessert werden. Ausserdem können mit der Initiative Selbstmorde verhindert werden. Die BefürworterInnen machten in zweiter Linie auch pazifistische Gründe geltend (6% der zuerst genannten Pro-Argumente und 17% aller Nennungen zusammengenommen), sie sind für eine stärkere Waffenkontrolle, unter anderem durch die Schaffung eines nationalen Registers und einer genaueren Kontrolle der Waffenscheinvergabe (5% der zuerst genannten Pro-Argumente und 12% aller Nennungen zusammengenommen).

Auch bei den Gründen für das Nein zur Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» dominierten zwei Argumente: Das Hauptmotiv hing mit dem Wunsch nach Wahrung der persönlichen Freiheit und Eigenverantwortung zusammen. 42% der zuerst genannten ablehnenden Gründe (84% aller Nennungen zusammen) sind eine Kritik an der Initiative: Sie beschränke die persönliche Freiheit namentlich durch zu viele Verbote und die Gefährdung der Schweizer Traditionen. 23% der zuerst genannten Gründe für die Ablehnung (44% aller Nennungen zusammen) betreffen das Argument, wonach die geltenden Vorschriften ausreichen, die Initiative ganz einfach überflüssig sei und vor allem mehr Bürokratie geschaffen würde. Unter den zweitrangigen Motiven nannten die GegnerInnen auch das Argument, wonach die Anzahl Selbstmorde durch die Initiative nicht gesenkt werden könne (10% der Erstnennungen und 40% aller Nennungen) und sie der Schweizer Armee schade, unter anderem weil ein richtiger Soldat eine Waffe zu Hause haben muss (6% und 18%). 5% der zuerst genannten Motive für das Nein (12% aller Gründe zusammen) betreffen gute Erfahrungen mit Waffen. Die verschiedenen Motive der Nein-Kampagne sind anscheinend gut aufgenommen worden – nicht jedoch das Argument der SVP, wonach eine Annahme vor allem ausländischen Verbrechern genutzt hätte, die sich als Einzige noch illegal hätten Waffen beschaffen können. Nur 1% aller Erstnennungen (5% aller Nennungen zusammen) betrafen diesen Grund gegen die Initiative.

Tabelle 2.8: WAFFENINITIATIVE – Stimmotive (Mehrfachantworten möglich)

Spontan genannte Stimmotive	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	%	n	%	n
JA-Stimmende				
Waffen zu Hause sinnlos («bringen nichts heutzutage», «haben zu Hause nichts verloren»)	43	197	63	291
Gefahren der Waffen («Waffen sind gefährlich», «Schutz von Kindern und Familie», «weniger Selbstmorde»)	31	145	94	434
Pazifistische Gründe	6	29	17	80
Waffenkontrolle («nationales Register», «Kontrolle der Bewilligungen»)	5	23	12	57
Angst vor Waffen, persönlich schlechte Erfahrungen gemacht	3	12	6	30
Allgemeine Gründe für das Ja	7	33	10	48
Andere Gründe für das Ja	5	23	13	60
Weiss nicht / keine Antwort	1	2	46	213
Total (Ja-Stimmende)	100	493	261	1213
NEIN-Stimmende				
Einschränkung der Freiheit und Eigenverantwortung («zu viele Verbote», «beeinträchtigt Traditionen», «jeder muss selbst entscheiden können»)	42	246	84	499
Initiative sinnlos («jetzige Vorschriften ausreichend», «gefährlich sind die Menschen, nicht die Waffen», «zu viel Bürokratie»)	23	140	44	265
Kein Rückgang der Selbstmorde	10	62	40	240
Initiative schade der Schweizer Armee («ein richtiger Soldat muss eine Waffe zu Hause haben»)	6	34	18	108
Gute persönliche Erfahrungen	5	30	12	72
Die ausländischen Verbrecher sind bewaffnet	1	5	5	28
Allgemeine Gründe für das Nein	10	59	18	107
Andere Gründe für das Nein	3	15	5	31
Weiss nicht / keine Antwort	1	5	37	220
Total	100	954	263	1570
* Total mehr als 100% wegen Mehrfachantworten				
© Universität Genf / gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 13. Februar 2011				

Pro- und Kontra-Argumente

Die befürwortenden Argumente wurden von den Ja-Stimmenden stark unterstützt und von den Nein-Stimmenden ebenso stark abgelehnt – ein Zeichen für die polarisierende Wirkung dieser Argumente. Besonders ausgeprägt war die Polarisierung beim ersten Argument, wonach eine Armeewaffe zu Hause eine echte Gefahr für die Familienmitglieder und die Gesellschaft darstellt. 88% der Ja-Stimmenden schliessen sich diesem Argument an, während es 80% der Nein-Stimmenden ablehnen.

Beim zweiten Argument ergeben sich ganz ähnliche Verhältnisse: 72% der BefürworterInnen stimmen dem Argument zu, dass die Anzahl Selbstmorde durch die Einschränkung des Zugangs zu Waffen verringert werden könne, während es 82% der Nein-Stimmenden verneinen.

Beim dritten Pro-Argument, die militärische Bedrohungslage habe sich verändert, so dass der Waffenbesitz zu Hause überflüssig geworden sei, ist die Verteilung etwas anders. Die BefürworterInnen der Initiative stimmen diesem Argument massiv zu (95%), doch die Nein-Stimmenden lehnen es nur mit einer knappen Mehrheit ab (54%, 42% heissen es gut). Da die GegnerInnen bei diesem Argument geteilter Meinung waren, wirkte es weniger polarisierend – insgesamt nehmen es die Stimmenden sogar an (mit 64%). Das bestätigt auch der Polarisierungskoeffizient, der beim dritten Argument niedriger ausfällt als bei den ersten beiden.

Tabelle 2.9: WAFFENINITIATIVE – Akzeptanz der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

Pro-Argumente		Einver- standen (%)	Nicht einver- standen (%)	Weiss nicht (%)	Polarisie- rung ^a (%)
Die Militärwaffe im Kleiderschrank stellt eine reelle Gefahr für Familienmitglieder und die Gesellschaft dar.	Total	47	51	2	85
	Ja	88	11	1	
	Nein	18	80	2	
Durch die Beschränkung des Zugangs zu Waffen kann die Selbstmordrate gesenkt werden.	Total	40	57	4	79
	Ja	72	24	4	
	Nein	16	82	3	
Die militärische Bedrohungslage hat sich verändert und so die Waffe zu Hause überflüssig gemacht.	Total	64	34	2	76
	Ja	95	4	1	
	Nein	42	54	3	
Kontra-Argumente		Einver- standen (%)	Nicht einver- standen (%)	Weiss nicht (%)	Polarisie- rung ^a (%)
Die Initiative diskreditiert das Milizsystem der Schweizer Armee und stellt somit eine Schweizer Tradition in Frage.	Total	47	51	3	82
	Ja	11	86	2	
	Nein	73	25	2	
Ein Teil der Forderungen der Initiative ist bereits heute erfüllt (Einziehen der Taschenmunition, Lagerung der Armeewaffen im Zeughaus).	Total	70	27	3	73
	Ja	44	52	2	
	Nein	90	7	3	
Reguliert der Staat den Waffenbesitz zu stark, profitieren nur die ausländischen Verbrecher, die sich illegal Waffen beschaffen.	Total	45	48	8	72
	Ja	21	72	7	
	Nein	62	30	8	
<p>Ergebnis in Prozent online. Deutungsbeispiele: 47% aller Stimmenden (88% der Ja-Stimmenden, 18% der Nein-Stimmenden) schlossen sich dem ersten Argument an (Die Militärwaffe im Kleiderschrank stellt eine reelle Gefahr für Familienmitglieder und die Gesellschaft dar), 51% (11% der Ja-Stimmenden, 80% der Nein-Stimmenden) waren nicht damit einverstanden und 2% (1%; 2%) waren unentschieden.</p> <p>n Total der Stimmenden, die eine Antwort gegeben haben = 1119 (gewichtet).</p> <p>^a Man spricht von Polarisierung, wenn ein Argument die Stimmberechtigten spaltet. Der Polarisierungsgrad ist hoch, wenn ein Pro-Argument von den Ja-Stimmenden massiv unterstützt und gleichzeitig von den Nein-Stimmenden deutlich abgelehnt wird. Umgekehrt ist der Polarisierungsgrad gering, wenn ein Argument bei allen Stimmenden aus beiden Lagern breite Zustimmung findet. 100% ist die maximale Polarisierung.</p> <p>Der Polarisierungsgrad wird folgendermassen berechnet (bei einem Pro-Argument): Polarisierung = $\left(\frac{(\% \text{ Annahme bei den Ja-Stimmenden}) \cdot 100}{(\% \text{ Annahme bei den Ja-Stimmenden} + \% \text{ Ablehnung bei den Ja-Stimmenden})} + \frac{(\% \text{ Ablehnung bei den Nein-Stimmenden}) \cdot 100}{(\% \text{ Annahme bei den Nein-Stimmenden} + \% \text{ Ablehnung bei den Nein-Stimmenden})} \right) / 2$.</p> <p>© Universität Genf / gfs.bern: VOX-Analyse der Volksabstimmung vom 13. Februar 2011</p>					

Mit 73% der Nein-Stimmenden, die sich dem Argument anschlossen, die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» diskreditiere das Milizsystem der Armee und stelle somit eine Schweizer Tradition in Frage, und 86% der Ja-Stimmenden, die es ablehnten, wirkte das erste der drei Nein-Argumente stark polarisierend.

Das zweite Argument, wonach die Initiative überflüssig sei, weil ein Teil der Forderungen schon in der geltenden Gesetzgebung erfüllt sei, fand bei der Gegnerschaft breite Zustimmung (90% dafür), aber auch bei den BefürworterInnen fand es Anklang (44%). Insgesamt hiess es eine grosse Mehrheit der Stimmenden gut (70%). Infolgedessen war der Polarisierungsgrad bei diesem Argument relativ gering.

Nur 62% der Nein-Stimmenden sind mit dem Argument einverstanden, eine zu starke Regulierung der Waffen käme nur den ausländischen Verbrechern zugute, die sich illegal Waffen beschafften, 30% der GegnerInnen und 72% der Ja-Stimmenden sind damit nicht einverstanden. Somit hat dieses Argument die geringste Polarisierung zwischen Gegnerschaft und Befürworterschaft hervorgerufen; gleichzeitig war dort die Anzahl Unentschiedenen am höchsten – ein zusätzliches Indiz, dass dieses Kernargument der SVP-Kampagne nicht verfiel.

ZUR METHODE

Die Ergebnisse von VOX 105 beruhen auf der Analyse der Volksabstimmung vom 13. Februar 2011. Das Forschungsinstitut gfs.bern führte die Befragung durch und die Abteilung für Politikwissenschaft und internationale Beziehungen (DSPRI) der Universität Genf analysierte die erhobenen Daten. Die Daten wurden anhand von standardisierten Telefoninterviews erhoben, die im Schnitt rund 18 Minuten dauerten und von 74 BefragterInnen von zu Hause aus durchgeführt wurden. Das Forschungsinstitut gfs.bern besass dabei als Kontrollinstitut die Möglichkeit, die Interviews ohne Vorankündigung zu beaufsichtigen.

Die Untersuchung beruht auf einer repräsentativen Befragung, die in der ganzen Schweiz innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung durchgeführt wurde. Die Stichprobe umfasst 1503 stimmberechtigte Personen und die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren – Landesteile (nach einer proportionalen Einteilung aufgrund der amtlichen Statistik von 2000), Haushalte (anhand des Telefonbuchs der Swisscom) und in diesen Haushalten lebende Personen (nach dem «Prinzip des Geburtsdatums»), wobei 53.3% der Personen dieser Stichprobe aus der Deutschschweiz, 26.7% aus der Westschweiz und 20% aus der italienischen Schweiz stammen (ungewichtet).⁵

Mit einer Ziehung im Zufallsverfahren und einer Verteilung der Prozentwerte von 50:50 ergibt sich bei unserer Stichprobe von 1503 Personen eine Fehlermarge von rund $\pm 2.4\%$ mit einer Plausibilitätsschwelle von 95%. Die Fehlermarge, die bei 2% bis 3% liegt, gibt an, inwiefern die Schlussfolgerungen der Untersuchung richtig sind. Sie nimmt zu, wenn die Stichproben klein sind (z. B. wenn eine Analyse durch zu viele fehlende Daten beeinträchtigt oder nur an einem Teil der Stichprobe durchgeführt wird). Sie nimmt ab, wenn die Differenz zwischen den Prozentwerten grösser ist – z. B. bei einem Ergebnis von 70%:30%. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Subsamples klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist. In solchen Fällen können aufgrund des grösseren Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden.

Die Bestimmung der Plausibilitätsschwelle beruht auf dem Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest. Dabei bedeutet * eine Plausibilität von unter 0.05, ** von unter 0.01 und *** von unter 0.001. Beträgt die Plausibilität mehr als 5%, bedeutet der Vermerk n.s., dass der Koeffizient nicht signifikant ist. Die Korrelationen werden anhand des Koeffizienten V nach Cramer interpretiert: 1 steht für eine völlige Übereinstimmung zwischen den beiden Variablen; 0 steht, wenn gar keine Übereinstimmung zwischen den Variablen besteht. Steht in einer Tabelle eine Zahl in Klammern, bezeichnet sie Kategorien, in denen weniger als 50 Fälle erfasst wurden: Diese sind vorsichtig zu interpretieren.

⁵ Für weitere Einzelheiten siehe technischer Bericht von gfs.bern.

Im Rahmen unserer Studie setzten wir bei den Analysen des Stimmverhaltens der Befragten (soziodemografisches und politisches Profil, Gründe für den Stimmentscheid und Haltung zu den wichtigsten Kampagnenargumenten) und bei der Analyse der Stimmbeteiligung (soziodemografische, politische und kognitive Faktoren) Gewichtungsfaktoren ein. Diese Gewichtungsfaktoren werden von gfs.bern bereitgestellt und kommen in den VOX-Analysen seit der Abstimmung vom 21. Mai 2000 (VOX 70) zum Einsatz.

P.P.

3001 Bern